



## Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 23. August 2012

TOP 32: Neuordnung der Lehramtsstudiengänge (Drucksachen 18/100 und 18/128)

Martin Habersaat:

## Keine Separierung in der Lehrerausbildung!

In der Hochschullandschaft gibt es immer wieder Debatten über den Sinn und Nutzen von Akkreditierungsagenturen. Unabhängige Experten versehen die Studiengänge mit einem Qualitätssiegel, im Rahmen des Bologna-Prozesses mussten alle neuen Bachelor- und Master-Studiengänge akkreditiert werden. Meines Wissens dürfen in Deutschland derzeit zehn Agenturen dieses Siegel vergeben, die damit gutes Geld verdienen und zuweilen für ihre Begutachtungen kritisiert werden.

Dabei geht es so viel billiger. Viel Aufwand könnten wir den deutschen Hochschulen ersparen, wenn wir die Kollegen Daniel Günther und Heike Franzen künftig an den Akkreditierungsrat ausleihen. In einer Pressemitteilung vom 21. August berichten die beiden von einem Besuch beim Zentrum für Lehrerbildung der CAU am selben Tag. Diese Pressemitteilung wurde um 14.49 Uhr online gestellt. Ein einziger Vormittag hat gereicht, um beide zum Schluss kommen zu lassen: Alle Lehramtsstudiengänge an der CAU, und man kann dort immerhin 27 Fächer studieren, in unterschiedlichen Kombinationen mit den Abschlüssen Bachelor und Master, alle sind fachwissenschaftlich hervorragend und pädagogisch ausgezeichnet. Es gibt nichts zu verbessern, alles perfekt! Qualitätssiegel drauf, fertig. In nicht einmal vier Stunden. Wie viel einfacher könnte die Hochschulwelt sein...

Nun sind für die Akkreditierung in der Wirklichkeit allerdings „unabhängige Experten“ vonnöten. Und nun kann die Tatsache, dass man keinerlei Verbesserungsmöglichkeiten sieht, entweder daran liegen, dass es sie nicht gibt. Oder dass man sie nicht erkennen kann oder will. Es ist kein Geheimnis, dass es selbst an der CAU Stimmen gibt, die eine Verbesserung der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für möglich halten. Und die sogar bereit sind, mit der Landesregierung über eine solche Verbesserung zu sprechen.

### Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion  
Landeshaus  
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:  
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05  
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail [pressestelle@spd.ltsh.de](mailto:pressestelle@spd.ltsh.de)  
Web [spd.ltsh.de](http://spd.ltsh.de)

In der 16. Legislaturperiode haben CDU und SPD gemeinsam die Schulstrukturen in Schleswig-Holstein grundlegend verändert und haben damit bundesweite Maßstäbe gesetzt. Die logische Konsequenz wäre gewesen, spätestens die 17. Legislaturperiode zu einer Novellierung der Lehrerbildung zu nutzen. In Ansätzen ist das geschehen, teilweise wurde die abgewählte Landesregierung allerdings auch von sich selbst behindert. So tauchte im Sommer 2011 sogar ein Dinosaurier aus dem Sommerloch auf, aber zur Abwechslung nicht Nessie, sondern die vom Bildungsminister propagierte Rückkehr zur Staatsexamensausbildung. Niemand sonst wollte das haben, aber noch im November 2011 beharrte das Ministerium in seinem Bericht auf dem Staatsexamen als Option gegenüber konsekutiven Studienabschlüssen.

Inzwischen ist in Flensburg ein Schritt in die richtige Richtung gelungen. Und nachdem Frau Wende als Präsidentin der Universität Flensburg ihre Hausaufgaben gemacht hat, wird sie jetzt ultimativ aufgefordert, eben einmal schnell da weiterzumachen, wo Herr Klug aufgehört hat.

Wir wollen ein Lehramt für die Primarstufe und wir wollen ein Lehramt für die Sekundarstufen I und II. Das entscheidende Kriterium ist das Alter der Kinder, nicht die Schule, auf der sie gelandet sind. Trotzdem werden wir natürlich Lehrer für Grundschulen, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien ausbilden.

Man stelle sich zwei Schülerpaare vor:

Ein 10jährigen Fünftklässler und ein volljährigen Oberstufenschüler auf der einen Seite.

Und auf der anderen Seite eine 14jährige Gemeinschaftsschülerin und eine 14jährige Gymnasiastin.

Nur Konservative und Philologen finden den Unterschied zwischen den beiden 14jährigen erheblicher.

Die Separierung, besonders von Gymnasiallehrern, haben vor uns schon die Bundesländer Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und das Saarland aufgehoben. In Baden-Württemberg ist man auf dem Weg zu Stufenlehrern, in Brandenburg wird nur teilweise nach Schularten differenziert. Es bleibt anzuwarten, wie es in Niedersachsen angesichts der neu eingeführten Oberschulen weitergeht. Übrigens wurden in keinem dieser Länder die Gymnasien abgeschafft.

Sie werden es schon aushalten müssen, dass das etwas deutlich anderes ist, als die frühere Landesregierung in ihrem Bericht zur Reform der Lehrerbildung vom 04. November 2011 angekündigt hat, die ein einheitliches Lehramt für Regional- und Gemeinschaftsschule wollte,

während die Gymnasiallehrerausbildung unter Denkmalschutz gestellt wurde. Leider war das der einzige Punkt, an dem die Belange des Denkmalschutzes für Sie Priorität hatten.